

An
Ministerium für Bildung
z.Hd. Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Datum: _____

Offener Brief | Gleiche Entlohnung für Grundschullehrkräfte

Sehr geehrte Frau Dr. Hubig, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich setze mich/ Wir setzen uns dafür ein, dass in Rheinland-Pfalz für gleichwertige Arbeit auch eine gleiche Entlohnung erfolgt. Ich fordere /Wir fordern die gleiche Eingangsbesoldung für alle Lehrämter nach A13/ E13. Die geringere Bezahlung von Grundschullehrkräften nach A12/ E 12 ist in Anbetracht der Arbeitsbelastung und auch der Arbeitsanforderungen nicht mehr hinnehmbar. Die Arbeit an Grundschulen in Bezug auf Wissenschaftlichkeit und Professionalität der Lehrkräfte ist gleichzusetzen mit allen anderen Lehrkräften an weiterführenden Schulen.

Ich setze mich/Wir setzen uns dafür ein, dass es in Rheinland-Pfalz keine mittelbare Geschlechtsdiskriminierung gibt. In Grundschulen beträgt der Frauenanteil bis zu 90%. Dass es sich bei der schlechteren Bezahlung um eine Geschlechtsdiskriminierung handelt, stellen Kocher/Porsche/Wenckeback in ihrem Gutachten 2016 zweifelsfrei fest.

Die Hälfte der Bundesländer haben sich entschieden, die Lehrkräfte aller Lehrämter gleich zu behandeln und bezahlen bereits nach A 13/E 13 bzw. befinden sich auf dem Weg dorthin. Dies wäre für Rheinland-Pfalz besonders wichtig, um die Attraktivität des Lehramts an Grundschulen zu steigern und dem eklatanten Personalmangel entgegenzuwirken. Die Besoldung ist in Rheinland-Pfalz nach dem Saarland im bundesweiten Vergleich für Grundschullehrkräfte am schlechtesten. Finanziell lohnt sich leider die Abwanderung in die Nachbarländer oder die Entscheidung für ein anderes Lehramt. A13/E13 für Grundschullehrkräfte wäre ein bedeutender Anreiz in Rheinland-Pfalz zu bleiben oder zu kommen und würde das Lehramt auch für Männer attraktiver machen.

Ich fordere /Wir fordern, dass die Politik die Weichen zur Umsetzung der gerechten Entlohnung stellt und die nötigen Schritte einleitet:

- Der gleichen Bezahlung aller Lehrämter muss entweder eine Änderung des Landesbesoldungsgesetzes oder eine Reform der Lehramtsausbildung vorausgehen.
- Eine höhere Bezahlung, verbunden mit einer Reform der Ausbildung, muss finanziert werden. An Bildung ist in den letzten Jahrzehnten rigoros gespart worden. Die daraus resultierenden Schäden sind immens und in der Pandemie deutlich sichtbar geworden. Damit muss Schluss sein! Eine besonnene Haushaltspolitik kann die nötigen Mittel für Gerechtigkeit im Bildungssektor aufbringen.

Ich erwarte/Wir erwarten von meiner/unserer Landespolitik, dass ich/wir gehört und ernst genommen werden. Im Koalitionsvertrag wurde das Thema der gleichwertigen Bezahlung nicht aufgenommen. Ich erwarte/wir erwarten, dass alle politischen Parteien ernst gemeinte Gespräche führen mit Gewerkschaften, Lehrkräften, Verbänden und nach Wegen suchen für die Umsetzung gerechter Behandlung von Grundschullehrkräften.

Mit freundlichen Grüßen